Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsverkäufern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13353, Emil Schiegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17239 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Montag, den 19. Juli 1926 — Nummer 165

Regierungssturz in Frankreich

Die immer stärker werdenden Erschütterungen des gesamten Weltkapitals zeigen sich in den in allen Ländern neu wiederkehrenden Krisen ihrer Regierungen. Ueberall sind die Kapitalisten dabei bestrebt, dem Zerfall durch die Errichtung von Diktaturregierungen Einhalt zu gebieten. **In Frankreich, das sich jetzt in einer Inflationskrise befindet, wie Deutschland 1923, wurde am Sonnabend das 10. Kabinett Briand gestürzt.**

Die Regierung verlangte ein Ermächtigungsgesetz, das der Regierung bis zum 30. November die Vollmacht geben sollte, Maßnahmen zur Besserung der finanziellen Lage und zur Stabilisierung der Währung zu ergreifen, Steuermaßnahmen durchzuführen, Beschränkungen der Freiheit vorzunehmen. Die französische Regierung wollte also dem Beispiel des deutschen Ermächtigungsparagraphen folgen. Der Finanzausschuß hatte schon am Freitag den Gesetzesvorschlag der Regierung abgelehnt. Am Sonnabend **lehnte die Kammer mit 288 gegen 245 Stimmen die Einzelberatung des Ermächtigungsgesetzes ab.** Die Regierung hatte in Verbindung mit der Abstimmung die Vertrauensfrage gestellt, sie **erhielt dabei eine Minderheit von 45 Stimmen.** Am Abend trat die Regierung dann zurück. Das 10. Kabinett Briand hat somit nur 19 Tage bestanden. Noch vor wenigen Tagen betrachtete diese kapitalistische Regierung in Frankreich, daß durch den Schuldenabschluß mit England die Finanzlage sich bedeutend bessern werde. Kurz darauf zeigte sich aber, daß es der Regierung nicht gelingen werde, von Amerika die notwendigen Kredite herauszutreiben. Die Regierung wollte jetzt die Deflation Frankreichs eventuell vorbereiten. Die Linke in der Kammer hat unter Herriots Führung den **ersten Diktaturversuch** abgelehnt. Herriot erklärte ein Ermächtigungsgesetz für verfassungswidrig und unzulässig. Die Radikalen und die Sozialisten wurden zu diesen Entschließungen durch die ständig steigende Erregung in den werktätigen Massen getrieben. Der Empfang Primo de Riveras und des Sultans von Marokko waren zu deutliche Zeichen, wie sich die französische arbeitende Bevölkerung zur Frage stellen würde.

Täglich finden Demonstrationen und Kundgebungen der Arbeiter- und Beamtenschaft in Paris gegen die Hungerlöhne und Teuerungsgehälter statt. Der rasend schnelle Wechsel der Regierungen zeigt, daß die französische Bourgeoisie schon in eine Lage gekommen ist, wo sie die Inflationswirtschaft nicht mehr weiter betreiben kann. **Mit der Neubildung der Regierung wurde vom Präsidenten der Republik Herriot beauftragt, der den Auftrag auch angenommen hat.** Mit der Beauftragung des Radikalen soll versucht werden, die erregten Massen an die Maßnahmen der Finanzaristokratie zu binden.

Wer das neue Kabinett

Paris, 18. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Nach dem Sturz des Kabinetts Briand-Caillaux wurde der Kammerpräsident Herriot mit der Kabinettsbildung beauftragt. Dieser Schritt bedeutet einen Versuch der Bildung einer Linksregierung mit dem Zentrum, Konzentration aller republikanischen Kräfte. Die Pariser Presse spricht vom kommenden Kabinett Briand. Formell ist auch ein elftes Kabinett Briand denkbar, denn das Mißtrauensvotum galt ja nicht Briand, sondern Caillaux.

Welche Regierung auch kommen mag, jede von ihnen muß die geheiligte Ausbeutung und die Einführung der erhöhten Arbeitszeit für die Werktätigen vornehmen. — **Das französische Proletariat sieht sich der Kriegserklärung von seiten der Bourgeoisie gegenüber und muß durch Sammlung aller seiner Kräfte in einer proletarischen Einheitsfront der Offensive der Bourgeoisie bieten.**

London zum Sturz der französischen Regierung

London, 18. Juli. (Telunion.) Die Nachricht von dem Sturz des Kabinetts Briand-Caillaux, die erst in den späten Abendstunden in London eintraf, hat hier große Ueberraschung hervorgerufen. Die neue Wendung wird zweifellos auf den morgigen Devisenmarkt nicht ohne Rückwirkung bleiben und die Flucht vor dem Franken noch verstärken. Man rechnet hier zwar damit, daß die französischen Behörden alles versuchen werden, um dem bevorstehenden Zusammenbruch des Franken Einhalt zu tun, aber, wie sich gestern abend eine in Zitykreisen wohlbekannte Persönlichkeit äußerte, man könnte ebensogut den Versuch machen, das Wasser des Niagarafalles zurückzuhalten. Auch in diplomatischen und politischen Kreisen Londons, soweit diese während des Wochenendes in London anwesend waren, hat die Nachricht von dem Sturz der Pariser Regierung konsternierend gewirkt. Man hielt das Ereignis für bedeutsam genug, um den Premierminister Baldwin und den Schatzkanzler Churchill, die auf dem Lande weilen, sofort zu benachrichtigen. Die Lage wird um so ernster angesehen, als man bezweifelt, daß nun die Absicht der Führer der amerikanischen, englischen und französischen Notenbanken, den Franken zu stabilisieren, wird durchgeführt werden können. In diesem Falle dürfte das Kapitalausfuhrverbot der Bank von England nach Frankreich solange in Kraft bleiben, bis das französische Schuldenfundierungsabkommen ratifiziert und der Franken endgültig stabilisiert ist.

Die Haltung der französischen Sozialisten

Schlechte Aussichten für Herriot

Paris, 19. Juli. (Telunion.) Die sozialistische Kammergruppe hat nach längerer Beratung zwei Entschließungen gefaßt, in denen sie sich mit der möglichen Unterstützung der Regierung beschäftigt und die Unterstützungspolitik nur soweit in Aussicht stellt, als die Regierung die in den Programmen der Kongresse von Grenoble und Clermont-Ferrand aufgestellten Mindestforderungen erfüllt. Das bedeutet soviel, daß die Sozialisten die Wiederaufnahme der Unterstützungspolitik davon abhängig machen, daß die neue Regierung die Kapitalabgabe in ihr Programm aufnimmt. Diese Vorlage wurde aber bekanntlich in der Kammersitzung vom 10. Juli mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Aussichten Herriots für die Neubildung des Kabinetts haben infolge der Haltung der sozialistischen Gruppe beträchtlich abgenommen. Die Lage wird als äußerst schwierig bezeichnet.

Herriots erster Versuch gescheitert

Paris, 18. Juli. (Telunion.) Der Kammerpräsident hat heute nachmittag ununterbrochen mit politischen Persönlichkeiten zur Lösung der Kabinettskrise verhandelt. Nach den letzten Eindrücken zu schließen, stößt Herriot auf große Schwierigkeiten. Am Abend hatte er eine bedeutsame Unterredung mit dem Führer der Demokratischen Union, Marin. Dieser gab bei Ausgang der Unterhaltung die unerwartete und sensationelle Erklärung ab, daß nach seiner Ansicht die Wiederaufrichtung des Franken unter einem Kabinett Herriot keine Fortschritte machen werde.

Diese Erklärung Marins läßt den sicheren Schluß zu, daß eine Verständigung zwischen seiner Gruppe und den Radikalsozialisten zur gemeinsamen Lösung der Krise, wie sie am Nachmittag noch allgemein vorausgesagt wurde, gescheitert ist.

Die parlamentarische Situation wird dadurch äußerst kompliziert. Ein Kabinett der nationalen Einigung, von dem immer wieder die Rede ist, erscheint ausgeschlossen, ebenso ein nur nach rechts erweitertes Konzentrationskabinett, dem die Sozialisten nicht konsequent ihre Unterstützung zuteil werden ließen. Eine ausreichende Mehrheit wird Herriot nur dann aufbringen, wenn ihm die Neubildung des Kartells gelingt. Der Kammerpräsident scheint weitere Schritte in dieser Richtung zu unternehmen. Es verlautet, daß Verhandlungen mit den Sozialisten im Gange sind. Am Nachmittag empfing Herriot eine sozialistische Abordnung. Man erwartet eine Antwort des sozialistischen Parteivorstandes. Auf alle Fälle wird Herriot heute abend sein Kabinett nicht mehr bilden können. Ueber das Ergebnis seiner Besprechung wird er um ½10 Uhr dem Präsidenten der Republik Bericht erstatten und morgen vormittag seine Bemühungen wieder aufnehmen.

Die wachsende Massenerwerbslosigkeit

Ein Bericht des „Achtuhr-Abendblattes" über den Stand der Erwerbslosigkeit in der Stadt Berlin ist charakteristisch für die allgemeine Situation in Deutschland. Am Ende der vergangenen Woche betrug die Zahl der in den Arbeitsnachweisen eingetragenen Erwerbslosen 278 000. Bei dieser Zahl ist zu berücksichtigen, daß zum Beispiel viele kaufmännische Angestellte bei den Arbeitsnachweisen gar nicht eingetragen sind. Durch die Karenzfrist beträgt die Zahl der unterstützten Erwerbslosen 206 000, die bis Ende dieser Woche etwa 216 000 erreichte. Aber auch die tatsächliche Zahl der Erwerbslosen ist in dieser Woche (12. bis 17. Juli) in Berlin **um mehrere Tausend gestiegen.**

In der bürgerlichen Presse — bis weit hinein in die SPD-Presse — las man in den letzten Wochen immer wieder über geplante oder in der Durchführung begriffene „großzügige Notstandsarbeiten". Demgegenüber ist es Tatsache, daß bei dem ungeheuren Erwerbslosenheer von mehr als 275 000 in Berlin **bei Notstandsarbeiten nur 3800 Erwerbslose beschäftigt** sind. Der Berliner Magistrat beruft sich angesichts dieses skandalösen Zustandes darauf, daß keine städtischen Mittel vorhanden wären und die Regierungen von Preußen und dem Reich keine Mittel zu Notstandsarbeiten bewilligen oder durch das sogenannte „Prüfungsverfahren" der Regierungsbehörden bureaukratisch unerhört lange ihre Antwort über beantragte Zuschüsse für Notstandsarbeiten hinausschieben. Das „Achtuhr-Abendblatt" steht vollkommen hilflos der Frage gegenüber, wie man für die 275 000 Erwerbslosen Arbeit beschaffen könne.

Wie in Berlin, so wirkt sich auch im Reichsmaßstabe, der Fortgang der Wirtschaftskrise in einer Steigerung der Erwerbslosigkeit aus. Wenn das angeblich so großzügige Projekt der Reichsregierung gegen die Erwerbslosigkeit verwirklicht würde, so wäre in Wirklichkeit nur eine ganz unwesentliche Verringerung der Erwerbslosenzahl dadurch erreicht. Das Projekt soll mit einer Summe von 200 Millionen Mark, wovon die Dawesbahn 100 Millionen der Regierung zur Verfügung stellt, durchgeführt werden. Es handelt sich um Arbeiten, die sich über viele Jahre hinziehen. Was aber kann eigentlich mit 200 Millionen Mark erreicht werden? Das „Achtuhr-Abendblatt" rechnete aus, daß zu den 120 Millionen Mark Erwerbslosenunterstützung noch einmal 130 Millionen Mark gegeben werden müßte, um wenigstens für ein Jahr die Erwerbslosen der Stadt Berlin bei Notstandsarbeiten zu beschäftigen. Dabei legte jenes bürgerliche Blatt nicht etwa Tariflöhne dieser Berechnung zugrunde, sondern einen Wochenlohn von etwa 22 bis 23 Mark.

Wenn man also feststellt, daß selbst bei solchen Hungerlöhnen eine solch riesige Summe allein für die Stadt Berlin gebraucht wird, dann kann man sich ausrechnen, wie wenig die 200 Millionen Mark (noch dazu über Jahre hinausgezogen) im Reichsmaßstabe zur Linderung der Dauer- und Massenerwerbslosigkeit beitragen können. Das Regierungsprogramm ist nichts als eine Vortäuschung einer Aktion gegen die Massenerwerbslosigkeit. Die kapitalistische Regierung ist ja außerstande, die Massenerwerbslosigkeit wirklich zu beseitigen, die begründet in der kapitalistischen Wirtschaft in den Rationalisierungsbestrebungen der Unternehmer ist. Und diese Rationalisierung ist untrennbar mit dem Kampf des deutschen Kapitalismus um Konkurrenzfähigkeit, um Absatzmöglichkeiten auf dem Weltmarkte, verbunden. Wesentliche Teile des deutschen Produktionsapparates müssen ausgeschaltet werden, wenn ein Teil des Produktionsapparates durch seine rationalisierten Arbeitsmethoden in der Lage ist, den verengerten Absatz im Auslande (und auch im Inlande) zu befriedigen. Die Massenarbeitslosigkeit wird damit zur Dauererscheinung. Die kapitalistische Regierung als Regierung der Unternehmer wird keinen Betrieb öffnen, keinen Erwerbslosen gegen die Profitinteressen der Unternehmer wieder in den Produktionsprozeß einreihen.

Aber sie wird etwas anderes tun: Bei der vorgetäuschten „großzügigen Notstandsaktion" wird sie die Notstandsarbeiter mit den erbärmlichsten Löhnen abspeisen. Sie wird damit den Unternehmern in den noch arbeitenden Industriezweigen helfen, ebenfalls die Löhne der noch im Betrieb stehenden Arbeiter herabzudrücken. Diese „Notstandsarbeiten" sind **Lohndrückerarbeiten gegen die gesamte deutsche Arbeiterschaft.**

Die Erwerbslosen müssen daher in ihrem Kampfe für eine ausreichende Erwerbslosenunterstützung auch gleichzeitig den Kampf für Tariflöhne bei den Notstandsarbeiten führen.

Die Arbeiter in den Betrieben müssen sehen, daß ihnen nicht nur droht, im Verlaufe der fortschreitenden Rationalisierungskrise ebenfalls aufs Pflaster zu fliegen, sondern daß die „Notstandsaktion" der kapitalistischen Regierung gleichzeitig eine Lohndrückeraktion gegen ihre Löhne ist. Die Unternehmer angriffe auf Lohnabbau (bayrische Textilindustrie usw.) zeigen, woher der Wind weht. Im eigensten Interesse der noch im Betriebe stehenden Kollegen ist es daher, den Kampf der Erwerbslosen um ausreichende Erwerbslosenunterstützung und der Notstandsarbeiter um Tariflöhne zu unterstützen. Ein wesentliches Stück des Kampfes gegen die brutalen Rationalisierungsmethoden des Unternehmertums und die Steigerung der Massenerwerbslosigkeit ist der Kampf um die Wiederherstellung des Achtstundentages in den Betrieben.

Erwerbslosenausschüsse und Betriebsräte müssen in Verbindung treten. Erwerbslose und Arbeiter in den Betrieben

Die englischen Arbeiter gegen den Lügen-„Vorwärts"

Berlin, 19. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Hetze des „Vorwärts" gegen die englischen Bergarbeiter hat in der englischen Arbeiterschaft die größte Empörung hervorgerufen. Aber abgesehen von der Arbeiterschaft, die nur einer Meinung ist, spucken sogar die Labourführer vor dem Streikbruch des „Vorwärts" aus, die auf dem äußersten rechten Flügel stehen. Im Organ des weit rechts stehenden Labour Lansbourg, im „Labour Weekly" vom 17. Juli, steht folgender Verbebrief an den „Vorwärts":

„An den Herausgeber des **„Vorwärts"** der deutschen „Sozialistischen" Partei. — **Sehr geehrter Herr! Wenn Sie für eine renegatenhafte und verräterische „Sozialistische" Partei eintreten müssen, so müssen Sie sich schließlich mit Ihrer defaitistischen Reichspolitik auf Ihr eigenes Land beschränken. Dort versteht man Sie. Aber wir sehen, daß Sie den britischen Bergarbeitern den „Rat" geben, den Kampf aufzugeben. Verdammt Ihre Unverschämtheit. Ihre Lansbourg."**

Um die Beseitigung von Gevering

Berlin, 19. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Nach dem Bericht in der bürgerlichen Presse verdichten sich die Bestrebungen, Severing einen Urlaub von einem weiteren Jahre anzubieten, um dadurch endlich die Neubesetzung seines Postens zu erreichen. Es wird auch bereits sein Nachfolger, der Polizeipräsident Grzesinsky, genannt.

Endgültiges Ergebnis des Volksentscheids

Sabotage durch [illegible] Gemeindevorsteher

Eine Dresdner Zeitung meldet: Der Reichswahlausschuß ist gestern vormittag unter Vorsitz des Reichswahlleiters zu einer öffentlichen Sitzung zur Feststellung des endgültigen Ergebnisses des Volksentscheides vom 20. Juni zusammengetreten. Die Zahl der ordnungsmäßig [illegible] Stimmberechtigten wurde auf 39 567 678 festgestellt, die Zahl der ausgestellten Stimmscheine auf 279 277, so daß insgesamt 39 785 950 Stimmberechtigte im Reiche vorhanden waren. Davon gaben 15 593 797 ihre Stimme ab. Die Beteiligung betrug 39,8 v. H. Ungültige Stimmen wurden 558 903 abgegeben. Von den 15 640 894 gültigen Stimmen lauteten 14 455 184 auf Ja, 585 710 auf Nein. **In einer Gemeinde hat die Abstimmung nicht stattfinden können, da der Abstimmungsvorsteher sich geweigert hatte, für die Durchführung die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.** In einer anderen Gemeinde hat wegen Hochwassergefahr die Abstimmung nicht erfolgen können.

Vergeßt nicht die Sammlungen für die englischen Bergarbeiter!